

Reglement über das Notariatspraktikum und die Notariatsprüfungen

vom 13.12.1977 (Fassung in Kraft getreten am 01.07.2017)

Der Staatsrat des Kantons Freiburg

gestützt auf das Gesetz vom 20. September 1967 über das Notariat;
auf Antrag der Direktion der Justiz, der Gemeinden und Pfarreien,

beschliesst:

1 Praktikum

Art. 1 Bewilligung – Bedingungen

¹ Die Zulassung zum Notariatspraktikum erfordert eine Bewilligung, die von der Notariatskommission erteilt wird.

² Um diese Bewilligung zu erlangen, muss der Bewerber für ein Notariatspraktikum:

- a) handlungsfähig sein;
- b) einen guten Leumund besitzen;
- c) nicht wegen Handlungen verurteilt worden sein, die der Würde des Berufs widersprechen, ausser er sei rehabilitiert worden;
- d) das Rechtslizentiat einer schweizerischen Universität besitzen;
- e) für die Dauer des Praktikums auf einem oder mehreren der in Artikel 7 angegebenen Büros angestellt sein.

Art. 2 Bewilligung – Gesuch

¹ Der Bewerber für ein Notariatspraktikum hat ein schriftliches Gesuch einzureichen und folgende Ausweise vorzulegen:

- a) eine Bescheinigung darüber, dass er handlungsfähig ist;
- b) ein Leumundszeugnis;
- c) einen Auszug aus dem Strafregister;
- d) sein Rechtslizentiatendiplom oder eine diesbezügliche Bescheinigung;

e) Bescheinigungen über seine Anstellung als Praktikant.

Art. 3 Bewilligung – Dauer

¹ Diese Bewilligung wird für die Dauer von drei Jahren erteilt. Sie kann, wenn ein ernsthafter Grund es rechtfertigt, einmal für die Dauer eines Jahres erneuert werden.

² Mit dem Praktikum kann erst nach Erhalt der Bewilligung gültig begonnen werden.

Art. 4 ...

Art. 5 Dauer des Praktikums – Im Allgemeinen

¹ Das Praktikum besteht in anhaltender Arbeit während einer Dauer von mindestens zwei Jahren.

² Die Notariatskommission kann jedoch diese Dauer um acht Monate herabsetzen, wenn der Bewerber mindestens ein Jahr lang eine juristische Tätigkeit ausgeübt hat, die der Ausbildung zum Notar förderlich ist.

Art. 6 Dauer des Praktikums – Unterbrüche

¹ Praktikumsunterbrüche, deren Dauer zwei Monate übersteigt, ziehen eine entsprechende Verlängerung des Praktikums nach sich.

² Sie sind der Notariatskommission im Voraus zu melden.

Art. 7 Praktikumsstelle

¹ ...

² Das Notariatspraktikum ist während mindestens sechzehn Monaten auf dem Büro eines im Kanton niedergelassenen Notars zu absolvieren; der übrige Teil des Praktikums kann bei einem Grundbuchamt geleistet werden.

³ Das Praktikum ist in der Regel auf einem einzigen Anwalts- beziehungsweise Notariatsbüro zu absolvieren. Die Notariatskommission kann auf begründetes, schriftliches Gesuch hin Ausnahmen bewilligen.

Art. 8 ...

Art. 9 Bescheinigung

¹ Der Bewerber weist sich über sein Praktikum durch eine Bescheinigung aus, die von jeder Person, unter deren Leitung er gearbeitet hat, unter Eid auszustellen ist. Praktikumsunterbrüche von über zweimonatiger Dauer sind in der Bescheinigung zu erwähnen.

2 Allgemeine Bestimmungen über die Examen

Art. 10 Zweck

¹ Das Examen soll ergeben, ob der Kandidat die zur Ausübung des Notariats erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten besitzt.

Art. 11 Form und Sprache

¹ Das Examen umfasst schriftliche Prüfungen und eine mündliche Prüfung.

² Es wird nach der Wahl des Kandidaten in französischer oder in deutscher Sprache abgelegt.

³ Die mündliche Prüfung ist öffentlich. In zwingenden Fällen kann jedoch die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden.

Art. 12 Sessionen

¹ Es finden jährlich drei Examenssessionen statt, die im Januar, im Mai und im September beginnen.

² Die Dauer einer Session beträgt höchstens fünf Monate.

³ Das Amt für Justiz (das Amt) setzt die Prüfungsdaten fest.

Art. 13 Zulassung – Bedingungen

¹ Um zum Examen zugelassen zu werden, muss der Kandidat ein schriftliches Gesuch einreichen und die in Artikel 9 vorgesehenen Praktikumsbescheinigungen vorlegen.

² Das Zulassungsgesuch muss innert folgender Fristen an das Amt gerichtet werden:

- a) vom 10. bis 28. Februar für die im Mai beginnende Session;
- b) vom 15. bis 30. Juni für die im September beginnende Session;
- c) vom 15. bis 31. Oktober für die im Januar beginnende Session.

³ Der Kandidat, der ein einziges Examen wiederholen muss, kann ein Zulassungsgesuch für die nächste Session innert zehn Tagen seit der Bewertungssitzung stellen, an der sein Misserfolg festgestellt wurde.

Art. 14 Zulassung – Gebühr

¹ Der zum Examen zugelassene Kandidat hat dem Amt innert der ihm gesetzten Frist eine Gebühr zu entrichten, die zur Deckung der Examenskosten verwendet wird.

² Diese Gebühr beträgt:

- a) 400 Franken für die schriftlichen Prüfungen an sich, und zusätzlich 200 Franken pro Prüfung.
- b) 600 Franken für die mündliche Prüfung.

³ Zieht sich der Kandidat von den Prüfungen zurück, so entscheidet das Amt, ob und in welchem Umfang die Gebühr zurückerstattet wird.

Art. 15 Prüfungskommissionen – Zusammensetzung im Allgemeinen

¹ Die Prüfungskommission für die Notariatskandidaten (die Prüfungskommission) besteht aus 15 Mitgliedern, die vom Staatsrat ernannt werden; davon sind mindestens 8 Notare, die von der Notariatskammer vorgeschlagen werden.

¹bis ...

² Sie gliedert sich in eine französischsprachige und eine deutschsprachige Abteilung

³ Sie hat ihre Adresse beim Amt.

Art. 16 Prüfungskommissionen – Zusammensetzung zur Abnahme der Prüfungen

¹ Die Prüfungskommission setzt sich aus 5 Mitgliedern zusammen, darunter mindestens zwei Notare.

² Das Amt bestimmt für jede Session die Zusammensetzung der Prüfungskommission. Es bezeichnet die Urheber der in den schriftlichen Prüfungen zu behandelnden Fälle und die Hauptexaminatoren für die Fächer der mündlichen Prüfung.

Art. 17 Prüfungskommissionen – Sekretariat

¹ Das Amt stellt das Sekretariat der Prüfungskommission.

Art. 18 Prüfungskommissionen – Ausstand

¹ Es haben in den Ausstand zu treten:

- a) Verwandte und Verschwägerter des Kandidaten in gerader Linie in allen Graden, und in der Seitenlinie bis zum sechsten Grad einschliesslich;
- b) Personen, unter deren Verantwortung das Praktikum ganz oder teilweise absolviert wurde.

² Zudem muss ein Mitglied oder der Sekretär der Prüfungskommission in den übrigen Fällen, die im Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege vorgesehen sind, in den Ausstand treten.

Art. 19 Sitzungen

¹ Die Prüfungskommission tritt zur Bewertung der schriftlichen Prüfungen und zur Abnahme der mündlichen Prüfung zusammen. Die fünf Mitglieder müssen anwesend sein.

¹bis ...

² Die Beschlüsse der Prüfungskommission werden mit der Mehrheit der Stimmen gefasst. Jedes Mitglied ist zur Stimmabgabe verpflichtet.

Art. 20 Auskünfte

¹ Kandidaten, die im Examen durchgefallen sind, können von der Prüfungskommission über die Gründe ihres Misserfolges Auskunft erhalten.

Art. 21 ...

3 Schriftliche Prüfungen

Art. 22 ...

Art. 23 ...

Art. 24 ...

Art. 25 ...

Art. 26 Gegenstand

¹ Die schriftlichen Prüfungen bestehen in der Abfassung von sechs notariellen Urkunden.

Art. 27 Bedingungen

¹ Die Prüfungen werden in zwei Sitzungen abgelegt, in denen je drei Urkunden abzufassen sind. Diese Sitzungen dauern je acht Stunden und finden in der Regel in einem Abstand von einer Woche statt.

² Die Prüfungen erfolgen unter Klausur und ohne Unterbrechung.

³ Der Kandidat verfügt über die erforderlichen Gesetzestexte in den üblichen Ausgaben. Er kann zudem die vom Urheber der zu behandelnden Fälle bezeichneten Werke benutzen.

Art. 28 Bewertung der Arbeiten

¹ Die Arbeiten werden allen Examinatoren gleichzeitig zugesandt.

² Die gemäss Artikel 19 versammelte Prüfungskommission bestimmt bezüglich jeder Urkunde, ob sie der Form nach korrekt und dem Inhalt nach genügend ist.

Art. 29 Ergebnis

¹ Der Kandidat hat die Prüfungen bestanden, wenn jede Urkunde angenommen wird.

² Wer nicht bestanden hat und erneut zum Examen antritt, hat wiederum sechs Urkunden abzufassen; wurde jedoch nur eine Urkunde nicht angenommen, so sind nur noch drei Urkunden abzufassen.

³ Wer ohne genügenden Grund sich vom Examen zurückzieht, zu einer Prüfung nicht antritt oder im Verlauf einer Prüfung aufgibt, gilt als durchgefallen. Die Prüfungskommission entscheidet, ob ein genügender Grund vorliegt und wieviele Urkunden gegebenenfalls noch abgefasst werden müssen.

⁴ Nach einem dritten Misserfolg wird der Kandidat nicht mehr zu den Prüfungen zugelassen.

⁵ Der Entscheid der Prüfungskommission wird dem Kandidaten schriftlich mitgeteilt.

4 Mündliche Prüfung**Art. 30** Zulassung

¹ Der Kandidat, der die schriftlichen Prüfungen bestanden hat, wird zur mündlichen Prüfung zugelassen.

Art. 31 ...**Art. 32** Gegenstand

¹ Die mündliche Prüfung des Notariatskandidaten erstreckt sich auf folgende Fächer:

- a) Zivilrecht;
- b) Obligationen- und Handelsrecht;
- c) Steuerrecht;
- d) Gesetzgebung über das Notariat.

Die Dauer der Befragung beträgt in der Regel dreissig Minuten pro Fach.

² Für Rechtsanwälte, die das Notariatsexamen ablegen, beschränkt sich die mündliche Prüfung auf das Steuerrecht und die Gesetzgebung über das Notariat.

Art. 33 Ergebnis

¹ Der Kandidat hat das Examen bestanden, wenn das Ergebnis der mündlichen Prüfung als genügend bewertet wird.

² Wer die mündliche Prüfung nicht bestanden hat und erneut dazu antritt, hat sie nochmals in vollem Umfang abzulegen.

³ Wer ohne genügenden Grund sich vom Examen zurückzieht, zur mündlichen Prüfung nicht antritt oder im Verlauf der Prüfung aufgibt, gilt als durchgefallen. Die Prüfungskommission entscheidet, ob ein genügender Grund vorliegt.

⁴ Nach einem dritten Misserfolg wird der Kandidat nicht mehr zur mündlichen Prüfung zugelassen.

⁵ Der Entscheid der Prüfungskommission wird dem Kandidaten noch während der Sitzung mitgeteilt und in der Folge schriftlich bestätigt.

Art. 34 Befähigungsausweis

¹ Die Prüfungskommission stellt dem Kandidaten, der das Examen mit Erfolg bestanden hat, einen Befähigungsausweis aus.

5 Schlussbestimmungen

Art. 35 Aufhebung

¹ Die Prüfungsordnung für Rechtsanwalts- und Notariatskandidaten vom 31. Januar 1947, abgeändert am 19. Juni 1970, 2. März 1971 und 19. Dezember 1972, wird aufgehoben.

Art. 36 Inkrafttreten

¹ Dieses Reglement tritt am 1. Januar 1978 in Kraft.

² ... (gegenstandslos gewordenes Übergangsrecht)

Art. 37 Veröffentlichung

¹ Dieses Reglement ist im Amtsblatt zu veröffentlichen, in die Amtliche Gesetzessammlung aufzunehmen und im Sonderdruck herauszugeben.

Änderungstabelle – Nach Beschlussdatum

Beschluss	Berührtes Element	Änderungstyp	Inkrafttreten	Quelle (ASF seit 2002)
13.12.1977	Erlass	Grunderlass	01.01.1978	BL/AGS 1977 f 305 / d 312
08.10.1985	Art. 8	aufgehoben	01.10.1985	BL/AGS 1985 f 360 / d 367
08.10.1985	Art. 12	geändert	01.10.1985	BL/AGS 1985 f 360 / d 367
08.10.1985	Art. 13	geändert	01.10.1985	BL/AGS 1985 f 360 / d 367
08.10.1985	Art. 14	geändert	01.10.1985	BL/AGS 1985 f 360 / d 367
08.10.1985	Art. 16	geändert	01.10.1985	BL/AGS 1985 f 360 / d 367
08.10.1985	Art. 19	geändert	01.10.1985	BL/AGS 1985 f 360 / d 367
03.12.1991	Art. 18	geändert	01.01.1992	BL/AGS 1991 f 753 / d 767
03.12.1991	Art. 21	aufgehoben	01.01.1992	BL/AGS 1991 f 753 / d 767
23.12.1991	Art. 14	geändert	01.01.1992	BL/AGS 1991 f 880 / d 895
04.06.2002	Art. 1	geändert	01.06.2002	2002_046
04.06.2002	Art. 2	geändert	01.06.2002	2002_046
03.12.2002	Art. 1	geändert	01.01.2003	2002_132
03.12.2002	Art. 4	geändert	01.01.2003	2002_132
03.12.2002	Art. 5	geändert	01.01.2003	2002_132
03.12.2002	Art. 6	geändert	01.01.2003	2002_132
03.12.2002	Art. 7	geändert	01.01.2003	2002_132
03.12.2002	Art. 12	geändert	01.01.2003	2002_132
03.12.2002	Art. 13	geändert	01.01.2003	2002_132
03.12.2002	Art. 14	geändert	01.01.2003	2002_132
03.12.2002	Art. 15	geändert	01.01.2003	2002_132
03.12.2002	Art. 16	geändert	01.01.2003	2002_132
03.12.2002	Art. 17	geändert	01.01.2003	2002_132
03.12.2002	Art. 19	geändert	01.01.2003	2002_132
01.07.2003	Erlasstitel	geändert	01.07.2003	2003_095
01.07.2003	Ingress	geändert	01.07.2003	2003_095
01.07.2003	Abschnitt 1	geändert	01.07.2003	2003_095
01.07.2003	Art. 1	geändert	01.07.2003	2003_095
01.07.2003	Art. 4	aufgehoben	01.07.2003	2003_095
01.07.2003	Art. 5	geändert	01.07.2003	2003_095
01.07.2003	Art. 7	geändert	01.07.2003	2003_095
01.07.2003	Art. 15	geändert	01.07.2003	2003_095
01.07.2003	Art. 16	geändert	01.07.2003	2003_095
01.07.2003	Art. 19	geändert	01.07.2003	2003_095
03.11.2008	Art. 31	geändert	01.01.2009	2008_123
11.12.2012	Erlasstitel	geändert	01.01.2013	2012_121
11.12.2012	Ingress	geändert	01.01.2013	2012_121
11.12.2012	Abschnitt 1	geändert	01.01.2013	2012_121
11.12.2012	Art. 10	geändert	01.01.2013	2012_121
11.12.2012	Art. 12	geändert	01.01.2013	2012_121
11.12.2012	Art. 13	geändert	01.01.2013	2012_121
11.12.2012	Art. 14	geändert	01.01.2013	2012_121
11.12.2012	Art. 15	geändert	01.01.2013	2012_121
11.12.2012	Art. 16	geändert	01.01.2013	2012_121
11.12.2012	Art. 17	geändert	01.01.2013	2012_121
11.12.2012	Art. 18	geändert	01.01.2013	2012_121
11.12.2012	Art. 19	geändert	01.01.2013	2012_121
11.12.2012	Art. 20	geändert	01.01.2013	2012_121
11.12.2012	Abschnitt 3	geändert	01.01.2013	2012_121
11.12.2012	Art. 22	aufgehoben	01.01.2013	2012_121

Beschluss	Berührtes Element	Änderungstyp	Inkrafttreten	Quelle (ASF seit 2002)
11.12.2012	Art. 23	aufgehoben	01.01.2013	2012_121
11.12.2012	Art. 24	aufgehoben	01.01.2013	2012_121
11.12.2012	Art. 25	aufgehoben	01.01.2013	2012_121
11.12.2012	Art. 26	geändert	01.01.2013	2012_121
11.12.2012	Art. 28	geändert	01.01.2013	2012_121
11.12.2012	Art. 29	geändert	01.01.2013	2012_121
11.12.2012	Art. 31	aufgehoben	01.01.2013	2012_121
11.12.2012	Art. 32	geändert	01.01.2013	2012_121
11.12.2012	Art. 33	geändert	01.01.2013	2012_121
11.12.2012	Art. 34	geändert	01.01.2013	2012_121
27.06.2017	Art. 1	geändert	01.07.2017	2017_059
27.06.2017	Art. 5	geändert	01.07.2017	2017_059
27.06.2017	Art. 6	geändert	01.07.2017	2017_059
27.06.2017	Art. 7	geändert	01.07.2017	2017_059
27.06.2017	Art. 12	geändert	01.07.2017	2017_059
27.06.2017	Art. 13	geändert	01.07.2017	2017_059
27.06.2017	Art. 14	geändert	01.07.2017	2017_057
27.06.2017	Art. 15	geändert	01.07.2017	2017_059
27.06.2017	Art. 16	geändert	01.07.2017	2017_059
27.06.2017	Art. 17	geändert	01.07.2017	2017_059

Änderungstabelle – Nach Artikel

Berührtes Element	Änderungstyp	Beschluss	Inkrafttreten	Quelle (ASF seit 2002)
Erlass	Grunderlass	13.12.1977	01.01.1978	BL/AGS 1977 f 305 / d 312
Erlassstitel	geändert	01.07.2003	01.07.2003	2003_095
Erlassstitel	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_121
Ingress	geändert	01.07.2003	01.07.2003	2003_095
Ingress	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_121
Abschnitt 1	geändert	01.07.2003	01.07.2003	2003_095
Abschnitt 1	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_121
Art. 1	geändert	04.06.2002	01.06.2002	2002_046
Art. 1	geändert	03.12.2002	01.01.2003	2002_132
Art. 1	geändert	01.07.2003	01.07.2003	2003_095
Art. 1	geändert	27.06.2017	01.07.2017	2017_059
Art. 2	geändert	04.06.2002	01.06.2002	2002_046
Art. 4	geändert	03.12.2002	01.01.2003	2002_132
Art. 4	aufgehoben	01.07.2003	01.07.2003	2003_095
Art. 5	geändert	03.12.2002	01.01.2003	2002_132
Art. 5	geändert	01.07.2003	01.07.2003	2003_095
Art. 5	geändert	27.06.2017	01.07.2017	2017_059
Art. 6	geändert	03.12.2002	01.01.2003	2002_132
Art. 6	geändert	27.06.2017	01.07.2017	2017_059
Art. 7	geändert	03.12.2002	01.01.2003	2002_132
Art. 7	geändert	01.07.2003	01.07.2003	2003_095
Art. 7	geändert	27.06.2017	01.07.2017	2017_059
Art. 8	aufgehoben	08.10.1985	01.10.1985	BL/AGS 1985 f 360 / d 367
Art. 10	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_121
Art. 12	geändert	08.10.1985	01.10.1985	BL/AGS 1985 f 360 / d 367

Berührtes Element	Änderungstyp	Beschluss	Inkrafttreten	Quelle (ASF seit 2002)
Art. 12	geändert	03.12.2002	01.01.2003	2002_132
Art. 12	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_121
Art. 12	geändert	27.06.2017	01.07.2017	2017_059
Art. 13	geändert	08.10.1985	01.10.1985	BL/AGS 1985 f 360 / d 367
Art. 13	geändert	03.12.2002	01.01.2003	2002_132
Art. 13	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_121
Art. 13	geändert	27.06.2017	01.07.2017	2017_059
Art. 14	geändert	08.10.1985	01.10.1985	BL/AGS 1985 f 360 / d 367
Art. 14	geändert	23.12.1991	01.01.1992	BL/AGS 1991 f 880 / d 895
Art. 14	geändert	03.12.2002	01.01.2003	2002_132
Art. 14	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_121
Art. 14	geändert	27.06.2017	01.07.2017	2017_057
Art. 15	geändert	03.12.2002	01.01.2003	2002_132
Art. 15	geändert	01.07.2003	01.07.2003	2003_095
Art. 15	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_121
Art. 15	geändert	27.06.2017	01.07.2017	2017_059
Art. 16	geändert	08.10.1985	01.10.1985	BL/AGS 1985 f 360 / d 367
Art. 16	geändert	03.12.2002	01.01.2003	2002_132
Art. 16	geändert	01.07.2003	01.07.2003	2003_095
Art. 16	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_121
Art. 16	geändert	27.06.2017	01.07.2017	2017_059
Art. 17	geändert	03.12.2002	01.01.2003	2002_132
Art. 17	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_121
Art. 17	geändert	27.06.2017	01.07.2017	2017_059
Art. 18	geändert	03.12.1991	01.01.1992	BL/AGS 1991 f 753 / d 767
Art. 18	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_121
Art. 19	geändert	08.10.1985	01.10.1985	BL/AGS 1985 f 360 / d 367
Art. 19	geändert	03.12.2002	01.01.2003	2002_132
Art. 19	geändert	01.07.2003	01.07.2003	2003_095
Art. 19	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_121
Art. 20	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_121
Art. 21	aufgehoben	03.12.1991	01.01.1992	BL/AGS 1991 f 753 / d 767
Abschnitt 3	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_121
Art. 22	aufgehoben	11.12.2012	01.01.2013	2012_121
Art. 23	aufgehoben	11.12.2012	01.01.2013	2012_121
Art. 24	aufgehoben	11.12.2012	01.01.2013	2012_121
Art. 25	aufgehoben	11.12.2012	01.01.2013	2012_121
Art. 26	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_121
Art. 28	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_121
Art. 29	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_121
Art. 31	geändert	03.11.2008	01.01.2009	2008_123
Art. 31	aufgehoben	11.12.2012	01.01.2013	2012_121
Art. 32	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_121
Art. 33	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_121
Art. 34	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_121